



Presseschau vom 02.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Olaf Scholz' Vision von einem Groß-Europa unter deutscher Führung

Scholz sprach an der Karlsuniversität in Prag. In seiner Rede entwarf er seine Vision der EU. Gleichzeitig mahnte er Reformen an. Es wird deutlich: Seine Idee ist eine EU unter deutscher Führung. Zur sich abzeichnenden tiefen Wirtschaftskrise verliert er kein Wort. ...

<https://kurz.rt.com/35zy> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Zurück in die Realität? – Habeck und Co. können die Energielücke nicht schließen

Europa steht am Abgrund einer wirtschaftlichen und sozialen Krise, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Die EU-/NATO-Europäer haben sich das mit ihren "Selbstmord-Sanktionen" gegen Russland selbst angetan. Aber die unverbrüchliche Solidarität mit den Polit-Abenteurern in Kiew beginnt zu bröckeln. ...

<https://kurz.rt.com/35xw> bzw. [hier](#)

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam: Baerbock, der Schicksalsschlag unserer Nation

Die personifizierte Unfähigkeit fährt alles in die Grütze, wofür das bessere Nachkriegsdeutschland einmal stand. ...

<https://kurz.rt.com/360k> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:22 de.rt.com: Puschilin: Beschuss des DVR-Katastrophenschutzpersonals durch ukrainische Truppen ist unmenschlicher Akt von Terroristen

Der Beschuss von Mitarbeitern des Katastrophenschutzministeriums der Donezker Volksrepublik (DVR) im Dorf Rubzy durch ukrainische bewaffnete Verbände sei ein weiterer Beweis für die Unmenschlichkeit Kiews. Dies habe das Oberhaupt der Republik, Denis Puschilin, anlässlich dieses Vorfalls geäußert, wie die Donezker Nachrichtenagentur [DAN](#) schrieb.

Zuvor sei gemeldet worden, dass gegen 4 Uhr morgens eine Gruppe von Rettungskräften, die im Dorf Rubzy im Krasnolimanski-Bezirk im Einsatz war, unter Artilleriebeschuss durch die bewaffneten Verbände der Ukraine geriet. Dabei wurden 13 Mitarbeiter des Ministeriums für Notfälle getötet und neun verwundet. Puschilin sagte dazu:

"Wir sind seit langem davon überzeugt, dass der Ukraine nichts heilig ist und sie sich nicht an die internationalen Regeln der Kriegsführung hält. Dieses Verbrechen war ein weiterer Beweis für die Unmenschlichkeit der ukrainischen Kämpfer."

Er fügte hinzu, dass Pioniere, Retter, Ärzte der Wiederbelebungs- und Antischockgruppe, Vertreter des Zentralen Rettungszentrums und Fahrer der Rettungsagentur der Republik im Dorf Rubzy ihren Dienst tun, damit die Zivilbevölkerung in den befreiten Gebieten zum normalen Leben zurückkehren kann. Puschilin weiter:

"Sie hielten keine Waffen in den Händen. Sie setzten sich dafür ein, dass die Menschen in Sicherheit leben können. Aber wir sehen die wahre Haltung Kiews gegenüber den Bewohnern des Donbass. Das ist die Haltung von Terroristen. Es ist unsere Pflicht, sie zu stoppen und die

Kriminellen zu bestrafen."

Das Staatsoberhaupt der DVR sprach den Angehörigen und Kollegen der toten Katastrophenschutz-Beamten sein Beileid aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6310da9348fbef736c790fc6.png>

Das DVR-Katastrophenschutzministerium hat Bilder einer Rettungsstation veröffentlicht (Screenshot), die von Kiewer Kämpfern beschossen wurde, 1. September 2022.

20:31 de.rt.com: **Polen fordert Reparationszahlungen in Billionenhöhe – Tusk: Regierung betreibt antideutsche Kampagne**

In der Hoffnung auf Reparationen von Deutschland hat Polen am Donnerstag den lange zurückgehaltenen Bericht zu den von Nazi-Deutschland verursachten Weltkriegsschäden vorgestellt. Laut der Opposition verfolgt die nationalkonservative Regierungspartei PiS damit in Wirklichkeit jedoch andere Absichten.

Die polnische Regierung will Deutschland angesichts der von Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden auf Grundlage eines 2017 erstellten Gutachtens offiziell dazu auffordern, Reparationen in Höhe von insgesamt mehr als 1,3 Billionen Euro zu zahlen. Das teilte der Vorsitzende der nationalkonservativen Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński, am Donnerstag bei der Vorstellung des Dokuments in Warschau mit. "Heute wird im Warschauer Königsschloss die Entscheidung getroffen und endgültig verkündet, dass Polen Kriegsreparationen beantragen wird, Reparationen für alles, was die Deutschen in Polen in den Jahren 1939 bis 1945 getan haben", sagte er zum 83. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939.

"Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen, nur weil es jemandem so vorkommt, als befände sich Polen in einer besonderen, radikal niedrigeren Position als andere Länder", sagte er. "Die Deutschen sind in Polen eingefallen und haben uns enormen Schaden zugefügt. Die Besatzung war unglaublich verbrecherisch, unglaublich grausam und hatte Auswirkungen, die in vielen Fällen bis heute anhalten."

Bis Polen jedoch Reparationen erhalte, so Kaczynski weiter, sei allerdings ein "langer und schwieriger" Prozess zu durchlaufen. Nun wolle man mit Berlin erstmals über Entschädigungen in diesem geschätzten Volumen verhandeln. Doch damit stößt er in Berlin vermutlich erst einmal auf taube Ohren. Denn die Bundesregierung lehnt weiterhin jegliche Reparationsforderungen ab. Für sie ist die Frage mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag über die außenpolitischen Aspekte der Deutschen Einheit abgeschlossen.

Die immense Forderung geht demnach auf ein lange unter Verschluss gehaltenes Gutachten zurück, das heute im Warschauer Königsschloss erstmals präsentiert wurde. Der 2017 von einer einberufenen Parlamentskommission erstellte Bericht, soll demnach die Reparationsforderungen an Deutschland untermauern und schätzt die Höhe der Schäden ab, die von Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg in Polen angerichtet wurden. Doch das Vorhaben stößt innerhalb der Opposition auf Kritik. Denn statt um

Reparationszahlungen gehe es der nationalkonservativen Regierungspartei PiS lediglich um eine innenpolitische Kampagne, kritisierte der Oppositionsführer und ehemalige EU-Ratspräsident Donald Tusk am Donnerstag bei einem Auftritt in Pommern:

"PiS-Chef Jarosław Kaczyński macht kein Geheimnis daraus, dass er mit dieser antideutschen Kampagne den Rückhalt für die Regierungspartei ausbauen will."

Auch der Oppositionspolitiker Grzegorz Schetyna kritisierte die Pläne der polnischen Regierung scharf. Polen sei auf ein gutes Verhältnis zu Deutschland angewiesen, so Schetyna. Das Gutachten sei lediglich innenpolitisch motiviert. Vertreter der nationalkonservativen Partei hatten das Thema in den vergangenen Jahren immer wieder für ihren innenpolitischen Wahlkampf missbraucht.

Deshalb überrascht es nicht, dass die PiS für den Tag der Vorstellung des Gutachtens auch den 1. September ausgewählt hat. Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Allein in Polen sind dabei nach Schätzungen bis zu sechs Millionen Menschen getötet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6310c0ff48fbef75886c352a.jpg>

Bereitstellung deutscher Truppen während der Kämpfe in Polen Anfang September 1939

20:56 de.rt.com: **UN lobt Russland für Schutz der IAEA-Inspektoren nach vereitelter Erstürmung des AKW Saporoschje durch ukrainische Saboteure**

Die Vereinten Nationen haben die Bemühungen Russlands bei der Gewährleistung der Sicherheit der IAEA-Experten während deren Begutachtung des AKW Saporoschje hochgeschätzt, behauptete der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, bei einem Briefing am Donnerstag. Damit reagierte er auf die Berichte über den Versuch ukrainischer Saboteure, das Kernkraftwerk Saporoschje in ihre Gewalt zu bringen.

Beim Briefing wurde Dujarric gebeten, eine Stellungnahme zur Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums abzugeben, wonach Moskau über die mangelnde Reaktion des UN-Generalsekretärs auf den Sabotage-Vorfall irritiert sei. Darauf antwortete der UN-Sprecher:

"Wir freuen uns, dass die Russische Föderation das Notwendige getan hat, um die Sicherheit unserer Inspektoren zu gewährleisten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6310fd66b480cc20eb3c89d6.jpg>

Der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, bei einer Pressekonferenz im UN-Hauptquartier in New York

21:33 de.rt.com: **Kiew: Mehr als 4.000 ukrainische Militärs im Ausland ausgebildet**

Mehr als 4.000 ukrainische Soldaten haben eine militärische Ausbildung in 14 Ländern fernab der Ukraine absolviert. Dies teilte der stellvertretende Leiter der Haupteinsatzverwaltung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, Alexei Gromow, am Donnerstag auf seinem Facebook-Profil mit. Er schrieb:

"Mehr als 4.000 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte wurden in 14 Partnerländern für den Umgang mit ausländischen Waffenmodellen und militärischer Ausrüstung ausgebildet. Davon mehr als 2.000 Artilleristen und je 500 Spezialisten für den Einsatz von Mehrfachraketenwerfer- und Luftabwehr-Systemen."

Außerdem wurden laut Gromow etwa 200 Militärs im Ausland für die Bedienung und Wartung von Panzerabwehrwaffen sowie etwa 100 Spezialisten im Umgang mit Radarsystemen geschult.

22:15 de.rt.com: **Russland wird kein Öl an Länder liefern, die eine Preisobergrenze unterstützen**

[RIA Nowosti](#) meldet, dass Moskau nicht die Absicht habe, Öl in Länder zu liefern, die den Vorschlag zur Deckelung der Preise für russischen Kraftstoff unterstützen würden, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Nowak. "Meiner Meinung nach ist das völlig absurd", kommentierte er die Idee der G7-Staaten, einen entsprechenden Plan vorzulegen. Nowak zufolge werden Versuche, in die Marktmechanismen eines so wichtigen Wirtschaftszweigs einzugreifen, diesen destabilisieren und den gesamten Erdölmarkt bedrohen, was zu einer weltweiten Katastrophe der Energiesicherheit führen könnte. Nowak sagte:

"Und die ersten, die dafür bezahlen werden, sind die europäischen und amerikanischen Verbraucher, die aufgrund der von ihnen übernommenen destabilisierenden Faktoren bereits hohe Preise zahlen. Insbesondere die Sanktionsbeschränkungen."

Der stellvertretende Ministerpräsident betonte, dass Russland nicht zu unmarktwirtschaftlichen Bedingungen arbeiten werde. Nowak fügte außerdem hinzu, dass sich die russischen Ölgesellschaften auf das von den EU-Ländern verhängte Embargo

vorbereiten. Er versicherte:

"Unsere Unternehmen wissen vom Dezember, sie bereiten sich darauf vor. Sie werden sicherlich den Dezember berücksichtigen, und deshalb sind alle unsere Pläne darauf ausgerichtet, das derzeitige Niveau zu halten."

Der Vize-Premier unterstrich, dass das Land genauso viel Öl fördern, wie es produzieren und verkaufen könne. Er stellte fest, dass die Kennziffern allmählich anstiegen, und wenn die Unternehmen Märkte fänden, würde sich dieser Trend fortsetzen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6310e40fb480cc20e9488551.jpg>

Die zu Rosneft gehörende Kuibyschew-Raffinerie setzt für die Produktion von Winterdiesel neue Technologien ein, Juli 2020.

22:35 de.rt.com: **Kommentar zum Besuch der IAEA-Delegation im AKW Saporoschje: "Schreckliches belastendes Material! IAEA-Beamte fanden Militärfahrzeuge in einem Atomkraftwerk!"**

Der Telegram-Kanal Kotsnews [kommentierte](#) Bilder vom Besuch der IAEA-Mitarbeiter im Atomkraftwerk Saporoschje unter der zitierten, ironischen Überschrift mit sarkastischen Worten:

"Nun, es ist unsere Gewohnheit, dass die Rosgwardija-Einheiten, die das Kraftwerk bewachen, mit Autos und nicht mit Pferdewagen unterwegs sind."

Zu sehen sind in dem Videobericht, der von der russischen Zeitung Iswestija stammt, einige russische Militärfahrzeuge, die mit dem "Z"-Symbol gekennzeichnet und in einer Halle abgestellt sind, die zum AKW gehört. Und weiter schreibt Kotsnews:

"Eigentlich hätte die IAEA nach der heutigen Mission dort Panzer, Mörser, Luftabwehrsysteme und anderes Material finden müssen, um die Anlage vor Kiews verrückten Unternehmungen zu schützen. Und ein Dankeschön an den russischen Soldaten wäre fällig gewesen, der Selenskij daran hindert, das Regime eines 'nuklearen Winters' über Europa zu errichten."

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Lebenserwartung in den USA sinkt auf Tiefstwert in diesem Jahrhundert**
Laut einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht der US-Gesundheitsbehörde CDC (Centers for Disease Control and Prevention) ist die Lebenserwartung in den USA im Jahr 2021 weiter gesunken und hat sich gegenüber 2020 um knapp ein Jahr verringert.

Die Lebenserwartung in den USA war jahrzehntelang gestiegen, doch kam der Fortschritt einem Bericht zufolge zuletzt zum Stillstand. Im Jahr 2019 lag sie bei 78 Jahren und 10 Monaten. Ein Jahr später sank sie auf 77 Jahre. Letztes Jahr sank sie auf 76 Jahre und 1 Monat und war damit so niedrig wie zuletzt im Jahr 1996.

Frauen in den Vereinigten Staaten hatten demnach eine durchschnittlich um etwa 10 Monate kürzere Lebensdauer, sie fiel von knapp unter 80 Jahren im Jahr 2020 auf etwas mehr als 79

Jahre im Jahr 2021. Die Lebenserwartung von Männern sank um ein ganzes Jahr, von etwa 74 auf 73 Jahre.

Insgesamt habe sich die geschätzte US-amerikanische Lebenserwartung innerhalb von zwei Jahren um fast drei Jahre verkürzt. Der letzte vergleichbare Rückgang fand Anfang der 1940er Jahre statt, also während der verlustreichen Phase des Zweiten Weltkriegs.

Die Lebenserwartung ist eine Schätzung der durchschnittlichen Anzahl von Jahren, die ein in einem bestimmten Jahr geborenes Kind angesichts der Sterblichkeitsrate zu diesem Zeitpunkt zu leben hat. "Damit ist sie der grundlegendste Indikator für die Gesundheit der Bevölkerung in diesem Land", so Robert Hummer, Forscher an der University of North Carolina, der sich mit Gesundheitsmustern der Bevölkerung beschäftigt.

Für etwa die Hälfte des Rückgangs im Jahr 2021 machten CDC-Beamte COVID-19 verantwortlich, obwohl Impfungen weithin verfügbar waren, aber neue Coronavirus-Varianten eine Welle von Krankenhausaufenthalten und Todesfällen verursachten.

Andere Faktoren, die zum Rückgang der Lebensdauer in den USA beitragen, sind seit langem bestehende Probleme: Drogenüberdosierungen, Herzerkrankungen, Selbstmord und chronische Lebererkrankungen.

Einige Bevölkerungsgruppen sind stärker von dem Rückgang betroffen. So sank die Lebenserwartung der indianischen Bevölkerung und der Ureinwohner Alaskas seit Beginn der Pandemie um mehr als 6,5 Jahre und liegt jetzt bei nur noch 65 Jahren. Im gleichen Zeitraum sank die Lebenserwartung der asiatischen Amerikaner um etwa zwei Jahre und liegt nun bei 83,5 Jahren.

Hispanoamerikaner hatten im Jahr 2020 mit vier Jahren einen enormen Rückgang der Lebenserwartung zu verzeichnen. Im Jahr 2021 sank die Lebenserwartung für sie jedoch weitaus weniger, um etwa zwei Monate auf 77 Jahre und 7 Monate.

Experten zufolge gibt es viele mögliche Gründe für die Unterschiede, darunter der mangelnde Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung, niedrigere Impfraten und ein größerer Anteil der Bevölkerung in prekären Berufen, die sie zwangen, in der schlimmsten Phase der Pandemie weiter zu arbeiten.

Der Bericht deutet auch darauf hin, dass frühere Erfolge bei der Bekämpfung von Selbstmord rückläufig waren. Zunächst waren Selbstmorde in den USA von Anfang der 2000er Jahre bis 2018 angestiegen. Im Jahr 2019 ging die Zahl jedoch etwas zurück, und im Jahr 2020, dem ersten Jahr der Pandemie, dann noch einmal stärker. Experten hatten sich gefragt, ob dies mit einem Phänomen zusammenhängen könnte, das in der Anfangsphase von Kriegen und nationalen Katastrophen zu beobachten ist, in denen sich Menschen zusammenschließen und gegenseitig unterstützen.

In dem neuen Bericht heißt es, dass auch Selbstmord zu dem Rückgang der Lebenserwartung im Jahr 2021 beigetragen hat, doch werden keine Einzelheiten genannt. Nach vorläufigen Zahlen aus einer öffentlichen CDC-Datenbank stieg die Zahl der Selbstmorde in den USA im vergangenen Jahr um etwa 2000 auf 48.000. Die Selbstmordrate stieg von 13,5 pro 100.000 US-Bürger auf 14,1 – und liegt damit wieder in etwa auf dem Niveau von 2018.

Abseits der Pandemie wurde bereits früher eine Rückläufigkeit der Lebenserwartung in den USA festgestellt. Bereits seit dem Jahr 2010 fielen die Vereinigten Staaten hinter andere Industrienationen zurück, was vielfach auf die Opioid-Krise zurückgeführt wurde, laut einer Studie des Max-Planck-Instituts aus dem Jahr 2020 aber mindestens zu gleichen Teilen durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen bedingt ist.

Im Juli hatte das Statistische Bundesamt Zahlen veröffentlicht, wonach die Lebenserwartung in Deutschland seit Beginn der Corona-Pandemie deutlich gesunken ist. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug 2021 für neugeborene Mädchen nur noch 83,2 Jahre und für neugeborene Jungen 78,2 Jahre. Damit habe sich die Lebenserwartung von Neugeborenen im Vergleich zu 2019 stark verringert: bei Jungen um 0,6 Jahre, bei Mädchen um 0,4 Jahre.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630f668148fbef699969f386.jpg>

7:00 de.rt.com: **Kiew fordert moderne deutsche Kampfpanzer**

Vor seinem Deutschlandbesuch hat der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmygal von der Bundesregierung Kampfpanzer gefordert. Er sagte der Deutschen Presse-Agentur:

"Wir benötigen einen Wandel in der Philosophie der Waffenlieferungen. Damit meine ich: Es sollten auch moderne Kampfpanzer geliefert werden".

Er lobte Deutschland für den "immensen Fortschritt" bei der Unterstützung der Ukraine.

Anfangs seien nur Schutzausrüstungen oder Helme geliefert worden, heute seien es modernste Waffen. Trotzdem erwarte er noch mehr Ausrüstung:

"Wir erwarten von den USA, dass sie uns ihre Abrams-Panzer liefern und von Deutschland erwarten wir Leopard 2."

Schmygal wird am Samstag in Berlin erwartet. Am Sonntag wird er von Bundeskanzler Olaf Scholz im Kanzleramt empfangen.

7:32 de.rt.com: **Scholz: Kommen wahrscheinlich durch den Winter, falls Russland kein Gas mehr liefert**

Bundeskanzler Olaf Scholz will nicht vollständig auf russisches Gas verzichten. Er sagte am Donnerstag bei einem Bürgerdialog in Essen: "Das machen wir nicht von uns aus, das halte ich für nicht so verantwortlich." Ein Verzicht auf den letzten Rest an Gas aus Russland würde die Situation in Deutschland unnötig schwer machen.

Aber Deutschland sei so gut vorbereitet, dass man mit jeder Gegenreaktion umgehen könne, falls Russland selbst den Hahn zudrehe:

"Selbst wenn es ganz eng wird, kommen wir wahrscheinlich durch den Winter."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63118d76b480cc7c842b7009.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Bürgerdialog in Essen

7:58 de.rt.com: **DVR meldet vier getötete Zivilisten innerhalb eines Tages**

Vier Zivilisten seien innerhalb der vergangenen 24 Stunden beim Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine in der Volksrepublik Donezk (DVR) getötet geworden. Dies teilt das Hauptquartier der Territorialverteidigung der DVR am Freitag auf [Telegram](#) mit.

Acht weitere Zivilisten seien verletzt worden, darunter zwei Kinder.

8:18 de.rt.com: **Russlands Außenamt: Moskau wird den Nahen Osten nicht zwingen, LVR und DVR anzuerkennen**

Moskau werde den Ländern des Nahen Ostens die Anerkennung der Unabhängigkeit der Volksrepubliken Lugansk und Donezk nicht aufzwingen, sagte Alexander Kinschtschak, Direktor der Abteilung Naher Osten und Nordafrika im russischen Außenamt. Dies sei eine souveräne Entscheidung eines jeden unabhängigen Staates.

"Solche Schritte können wir selbstverständlich nur begrüßen. Im Gegensatz zu unseren westlichen Partnern werden wir sie niemandem aufzwingen."

Der Behördenvertreter erinnerte daran, dass Syrien im Juni die Unabhängigkeit der beiden Gebiete anerkannt hatte. Damaskus arbeite derzeit an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 02.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 45 Mann;
- 2 Panzer;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 4 Spezialfahrzeuge;
- 1 dauerhafter Feuerpunkt;
- 1 Artilleriegeschütz.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Kremennaja unter Einsatz von amerikanischen 155mm-Geschützen M777 beschossen** und 4

Geschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde ein Wohnhaus und das Gebäude einer Einheit des Zivilschutzministeriums der LVR beschädigt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 1. September haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Surowzewka und Satschnoje zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:05 de.rt.com: **Gespaltene Friedensbewegung trifft Liebknights Enkelin**

Zum diesjährigen Weltfriedenstag steht die Friedensbewegung gespalten wie nie zuvor da. In Leipzig wurde das nun besonders deutlich – ausgerechnet vor den Augen der Enkelin Karl Liebknights, der, als es darauf ankam, gegen alle aufstand und "Nein!" zu einem populären Krieg sagte.

Zur Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939, der in der europäischen Geschichtsschreibung als Beginn des Zweiten Weltkriegs gilt (chinesische Historiker hätten da einige Einwände), wird am 1. September der "Weltfriedenstag" gefeiert. Traditionell zählt der Tag als jährlicher Pflichttermin für die deutsche Friedensbewegung: Kundgebungen werden abgehalten, Umzüge veranstaltet, Reden gehalten, Preise verliehen. Dieses Jahr stand der Weltfriedenstag im sächsischen Leipzig unter einer besonderen Schirmherrschaft: Die Enkelin von Karl Liebknicht, Marianne (81), war in der Stadt zu Gast, besichtigte das im Geburtshaus ihres berühmten Vorfahren eingerichtete kleine Museum und hatte auch den ausdrücklichen Wunsch, der traditionellen Friedenskundgebung beizuwohnen. Doch ausgerechnet die Partei, als deren Mitbegründer ihr großer Vorfahre immer noch gilt, blieb der traditionellen Kundgebung fern. DIE LINKE hat in diesem Jahr ausdrücklich beschlossen, nicht teilzunehmen, nachdem ihre Beteiligung in den Vorjahren ohnehin immer spärlicher geworden war. Der Grund, der von den wenigen Genossen genannt wurde, die gegen das Teilnahmeverbot verstoßen haben und doch zugegen waren, lag im Aufruf zu der Kundgebung. Darin sei für den Geschmack der heutigen Linken zu wenig Kritik an Russland enthalten gewesen. Dafür aber Kritik an der NATO, die man im Leipziger Liebknicht-Haus, dem Sitz des Stadtverbandes, am liebsten gar nicht gesehen hätte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6310fbb448fbef75886c3564.JPG>

Immerhin haben sich etwa 200 Leipziger am Kundgebungsort, dem sogenannten "kleinen" Leuschnerplatz versammelt. Anhand von Parteifahnen und Bannern waren die Kommunistische Organisation (KO), die KPD, die MLPD und die DKP auszumachen. Daneben Vertreter der "Freien Linken", einer im Zuge des Streits um den Umgang mit der Corona-Krise entstandenen Abspaltung.

Ganz in antideutsches Schwarz gekleidete Störer, fünf oder sechs an der Zahl, waren von der Polizei in sichere Entfernung verwiesen worden. Gesichtsvermummung ist zwar nach wie vor illegal, wird aber seit Corona geduldet. Irgendeine Wirksamkeit wird das Grüppchen im Laufe des Abends dank der anwesenden Polizei ohnehin nicht entfalten können.

Die Hauptrede hielt der attac-Aktivist Mike Nagler, dem RT-Leser bekannt als der [Veranstalter des globalE-Filmfestivals](https://www.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6310fd3db480cc36ca1b1fe1.JPG), der Mitte August während der Vorführung von Oliver Stones "Ukraine on Fire" von ukrainischen "Patriotinnen" angegriffen wurde.

Nagler formulierte unter Beifall der Versammelten die Forderungen der Kundgebung: "Nein zum Krieg! Nein zu Aufrüstung, Waffenlieferungen und Sanktionspolitik". Die Anwesenheit der Enkelin von Karl Liebknecht, eines der wenigen deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, der 1914 dem Ersten Weltkrieg seine Zustimmung verweigert hatte, bot dem Redner Gelegenheit, historische Parallelen zur Situation heute auszuarbeiten:

"Diese Kriegsfront reicht durch nahezu alle Parteien im Bundestag und die Parallelen zum 'Burgfrieden' von 1914 sind erschreckend. ... Rosa Luxemburg sagte 1913 hier in Leipzig: 'Solange das Kapital herrscht, werden Rüstung und Krieg nicht aufhören.' Ein Jahr später tobte der Erste Weltkrieg. Damit hat sie auch heute noch Recht, denn ... Kapitalismus führt unausweichlich immer wieder zu Kriegen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6310fd3db480cc36ca1b1fe1.JPG>
G

(Der linke Aktivist Mike Nagler hält seine Rede am 1. September 2022)

Durchaus populistisch machte Nagler einen Bogen zu den aktuellen Existenzängsten der Deutschen:

"Die Kosten für die Kriegs- und die Krisenfolgen sollen wir zahlen. Große Teile der Bevölkerung werden damit in die Armut getrieben. Wir sollen frieren für ihren Krieg. Wir sollen zahlen, während bei den Rüstungs- und Energiekonzernen die Profite explodieren!" Den Schluss- und Höhepunkt der Rede, der unter den Anwesenden frenetische Ovationen hervorrief, bildete der berühmteste Ausspruch von Karl Liebknecht, an dem heute kein Weg vorbeiführte:

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Einen Kontrapunkt zu Naglers Rede bildete einige Zeit später der Beitrag von Jörg Weidemann, der für die MLPD das Wort ergriff. Er forderte unter verhaltenem Beifall, aber auch zum lautstarken Missfallen einiger Kundgebungsteilnehmer, den "sofortigen Abzug der russischen Invasionstruppen" aus der Ukraine und "Reparationszahlungen" Russlands an Kiew.

Auf ausdrückliche Nachfrage bestätigte Weidemann später, dass damit auch ein Abzug Russlands aus dem Donbass und von der Halbinsel Krim gemeint sei. Sollten die Russen der Krim tatsächlich nicht zur Ukraine gehören wollen, dann sollen sie sich bewaffnen und selbst verteidigen, so der Ratschlag des Marxisten-Leninisten an die Einwohner der Halbinsel, den

er nach seinem Auftritt dem RT-Reporter auf den Weg gab.

Weniger kontrovers waren die anderen Forderungen der Rede, etwa die nach einem sofortigen Waffenstillstand aller Kriegsparteien sowie die obligatorischen Parolen gegen "das deutsche Monopolkapital", sodass auch der Beitrag der MLPD am Ende mit Beifall und nicht mit Tumulten quittiert wurde.

Und die Enkelin von Karl Liebkecht? Sie wählte für ihre Ansprache leise und sanfte Töne, erinnerte an die Natur, die durch Kriege ebenso bedroht werde, wie die Menschheit. Vielleicht ist es auch gut, dass sie nichts von den Kontroversen in und um die Friedensbewegung mitbekommen hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6310fd40b480cc36ca1b1fe4.JPG>

Marianne Liebkecht (81), die Enkelin von Karl Liebkecht, am 1. September 2022 in Leipzig

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 2.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **339 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 3 Zivilisten, 8 wurden verletzt**. 21 Wohnhäuser und 13 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Panzer, 2 Feuerpositionen für 120mm-Mörser, 2 Drohnen, 4 Schützenpanzerwagen. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betrugen mehr als 40 Nationalisten.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

10:12 de.rt.com: **Acht IAEA-Mitarbeiter arbeiten weiterhin am Atomkraftwerk Saporoschje**

Acht IAEA-Fachkräfte arbeiten weiterhin am AKW Saporoschje, berichtet die russische

Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) unter Berufung auf den Leiter der Energodar-Verwaltung Aleksandr Wolga am Freitag. Er sagte dem Sender Rossija-24:
"Derzeit verbleiben noch acht Fachkräfte der IAEA-Mission beim AKW Saporoschje, plus vier weitere Bedienungskräfte, die sie begleiten. Wir hoffen auf eine angemessene und objektive Untersuchung."

10:41 de.rt.com: **Bosporus: Getreidefrachter aus Ukraine wieder in Bewegung gesetzt**

In der türkischen Meerenge Bosporus ist ein auf Grund gelaufener Frachter mit Getreide aus der Ukraine wieder frei. Der Frachter sei von der Küstenwache mit Schleppschiffen wieder in Bewegung gesetzt worden, berichtet die staatliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Freitag.

Das rund 170 Meter lange Schiff Lady Zehma war in der Nacht bei Istanbul wegen einer Störung am Ruder auf Grund gelaufen und lag vor dem Stadtteil Bebek vor Anker. Der Bosporus wurde vorübergehend für den Schiffsverkehr gesperrt.

Das Schiff ist mit 3.000 Tonnen Mais auf dem Weg nach Italien, teilt das in Istanbul eingerichtete Kontrollzentrum für die ukrainischen Getreideexporte mit. Dem Schiffsinformationsdienst Marine Traffic zufolge ankerte der Frachter am Freitagmorgen vor der Küste Istanbuls im Marmarameer.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6311acf0b480cc641863bc75.jpg>

Das Schiff "Lady Zehma" ist in der Nacht auf Grund gelaufen

10:52 de.rt.com: **Trotz Energiekrise: FDP-Bundestagsfraktion fordert Rückbau der Ostseepipeline Nord Stream 2**

Auf ihrer Herbstklausur hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Rückbau der Ostseepipeline Nord Stream 2 gefordert. Damit positioniert sich die Partei gegen ihren stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Kubicki, der sich zuvor für eine Öffnung der Pipeline aussprach. Auch aus den Reihen der Linken werden hingegen Rufe nach einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 lauter.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat sich auf ihrer Herbstklausur am Donnerstag trotz der sich täglich weiter zuspitzenden Energiekrise in Deutschland für einen "schnellstmöglichen" Rückbau der Ostseepipeline Nord Stream 2 ausgesprochen. "Als Freie Demokraten fordern wir den Rückbau von Nordstream 2 sowie die schnellstmögliche Erarbeitung eines Konzepts zur rechtlichen, technischen und umweltfachlichen Absicherung", heißt es in einem der Nachrichtenagentur dpa vorliegenden Positionspapier, das auf der Herbstklausur in Bremen beschlossen wurde.

Die Nordstream-Pipelines seien von Beginn an ein geopolitisches Projekt des Kremls

gewesen, "dessen Ziel die Isolation der Ukraine war", heißt es in dem Beschluss weiter. "Deshalb hat insbesondere der Bau der Pipeline Nordstream 2 zu erheblichen Verstimmungen geführt und Deutschland diplomatisch isoliert." Angesichts dessen wolle die FDP-Fraktion auch so schnell wie irgend möglich alle Rohstoff- und Energiekäufe aus Russland und Weißrussland beenden. Allerdings nur soweit, wie dies die eigene wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zulasse.

Daneben fordern die freien Demokraten weitere Sanktionen gegen Russland. "Russlands Aggression" müsse weiterhin konsequent mit Wirtschaftssanktionen beantwortet werden. Denn laut der FDP-Fraktion zeigten die bisherigen bereits ihre Wirkung. "Wir fordern die Ausweitungen der Sanktionen gegen Mitglieder der russischen Führung und sprechen uns für die Ausweisung von Familienmitgliedern von Personen auf der Sanktionsliste und Visaentzug aus."

"Wenn einzelne Länder, darunter auch EU-Beitrittskandidaten, Sanktionen unterlaufen oder gar Waffen an Russland liefern, kann das nicht folgen- und widerspruchsfrei bleiben. Falls EU-Beitrittskandidaten die Sanktionen unterlaufen, müssen die Vorbeitrittshilfen gestrichen werden."

Zunehmend mehr Stimmen fordern Öffnung von Nord Stream 2

Mit ihrer Forderung positioniert sich die Partei gegen ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolfgang Kubicki, der sich angesichts der sich anbahnenden Gasmangellage in Deutschland zuvor noch für eine Öffnung der Ostseepipeline aussprach. "Wir sollten Nord Stream 2 jetzt schleunigst öffnen, um unsere Gasspeicher für den Winter zu füllen", forderte Kubicki im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). "Wenn die Gasspeicher gefüllt sind, können wir Nord Stream 2 ja wieder schließen – und die anderen Pipelines auch, wenn wir unabhängig geworden sind. Aber das sind wir nun mal noch nicht." Dass sich Deutschland Gas aus Russland liefern lasse, "wird doch nicht besser oder schlechter, weil es aus der einen oder der anderen Pipeline kommt", argumentierte Kubicki: "Gas aus Nord Stream 2 ist nicht unmoralischer als aus Nord Stream 1. Es ist nur eine andere Röhre."

Auch aus den Reihen der Linken waren zuletzt vermehrt Forderungen nach einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu vernehmen. "Da auch die Nicht-Inbetriebnahme von Nordstream 2 eine Sanktion darstellt, wäre die Öffnung ein Signal der Entspannung in diesem Wirtschaftskrieg", heißt es etwa in einem Gastbeitrag, den der Duisburger Bundestagsabgeordnete Christian Leye gemeinsam mit Sahra Wagenknecht (beide Die Linke) für die Tageszeitung Welt verfasst hatte. Laut Meinung der beiden Abgeordneten könne dieser Schritt gar dazu führen, dass Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen nachdenke.

In ihrem Beitrag kritisierten die beiden Linken-Politiker zudem die vom Westen vielfach als erfolgreich beschworene Sanktionspolitik gegen Russland. Die Auswirkungen auf die russische Wirtschaft seien mäßig, so Wagenknecht und Leye:

"Auch haben die Sanktionen keinen Einfluss auf den Krieg in der Ukraine, der nur durch Diplomatie beendet werden kann."

Angesichts anhaltender technischer Probleme mit der Ostseepipeline Nord Stream 1 hatte zuvor auch schon der russische Präsident Wladimir Putin die bisher noch nicht freigegebene Pipeline Nord Stream 2 erneut ins Spiel gebracht. Diese könne in Betrieb genommen werden, so versprach der russische Präsident im Juli. Die Bundesregierung lehnt eine solche Inbetriebnahme allerdings weiterhin ab. Die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 ist bisher nicht genehmigt, ein Zertifizierungsverfahren war im Februar noch vor Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine gestoppt worden.

Am Mittwoch hatte der russische Energiekonzern Gazprom seine Gaslieferungen über Nord Stream 1 erneut gestoppt. Grund dafür sind dreitägige Wartungsarbeiten. Bis zum Dienstag waren täglich 33 Millionen Kubikmeter Gas über Nord Stream 1 nach Deutschland gepumpt

worden, rund 20 Prozent der sonst möglichen Gasmenge. Der russische Energiekonzern Gazprom hatte seine Gaslieferungen über Nord Stream 1 im Juni heruntergefahren und dies mit technischen Problemen aufgrund einer fehlenden Turbine begründet, die mit anderen zusammen den Druck zum Durchpumpen des Gases erzeugt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631191e948fbef73ee6c6820.jpg>

11:07 de.rt.com: **Ukrainische Armee greift Energodar während Besuchs der IAEA-Delegation an**

Die ukrainische Artillerie soll während des Aufenthalts der IAEA-Mission in Energodar drei Mal das Feuer auf die Stadt eröffnet haben. Dies berichtete das Oberhaupt der Stadtverwaltung Aleksandr Wolga. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossiya-24 sagte er: "Schon am Abend, als die Mission das Atomkraftwerk verlassen hatte, ihre Mitarbeiter aber bei uns in der Stadt blieben, sahen und hörten alle, dass drei Artillerieangriffe auf das Stadtgebiet unternommen wurden. Erstens auf einen Kinderpark, zweitens auf eine Musikschule – dort wurde die Fassade beschädigt, Fensterscheiben und eine Tür ausgeschlagen. Und drittens auf das Stadtzentrum, einen Park."

Die Delegation der Internationalen Atomenergie-Organisation hatte das AKW Saporoschje in Energodar am Donnerstag besucht.

Kprf.ru: **Eine Delegation der KPRF unter Leitung von Kasbek Tajsajew besuchte die Oblast Saporoshe**

Gestern trafen die Mitglieder einer Delegation unter Leitung des Sekretärs des ZK der KPRF, des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Komitees der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS, eurasische Integration und Verbindungen mit Landsleuten Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew in der Oblast Saporoshe ein.

Im Rahmen des Besuchs fand ein Treffen mit dem Leiter der Oblastverwaltung Je. W. Balizkij, Vorsitzenden der Regierung der Oblast A.W. Kolzow und dem stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung A.D. Kosenko statt. Die Seiten erörterten die Situation der der Oblast – es muss angemerkt werden, dass die Mitglieder der Delegation Augenzeugen der schrecklichen Ereignisse wurden, als Ukronazisten einen Versuch der Einnahme des Saporosher AKW durchführten.

„Das ist Staatsterrorismus in seiner vollständigen Erscheinung von Seiten der Ukraine. Wir danken unseren Soldaten und Nationalgardisten, die heute das Atomkraftwerk verteidigen. Es ist schrecklich zu vorzustellen, zu was die Handlungen der Kiewer Terroristen geführt hätten, wenn es ihnen gelungen wäre, das die Pläne auszuführen – das sind unumkehrbare und katastrophale Folgen nicht nur für den europäischen Teil, sondern für die ganze Welt. Aus meiner Sicht wurde darauf gesetzt, dass die ukrainische Seite mit der Ankunft der Delegation der IAEA die Möglichkeit gehabt hätte, Russland aller Verbrechen zu beschuldigen, aber zum Glück reagierten unsere Truppen rechtzeitig“, sagte Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew. Dann hatte die Delegation ein Treffen mit Soldaten. Die KPRF liefert ununterbrochen

humanitäre Hilfe an die Soldaten, hält immer die Verbindung aufrecht, damit es möglich ist, alles für die Verteidiger des Landes zu schicken. Die Delegation machte sich mit den Bedingungen bekannt, unter denen die Soldaten leben. Die Soldaten ihrerseits informierten darüber, welche Arbeit derzeit ausgeführt wird, erzählten von den Problemen, mit denen sie zu tun haben. Zum Abschluss des Treffens vereinbarten die Seiten, die Lieferungen von humanitärer Hilfe auf die Territorien, die von den Ukrofaschisten befreit werden, zu verstärken. Heute befindet sich ein Drittel der Oblast Saporoshe unter Besatzung ukrainischer Truppen, unter der Führung der Kiewer nationalistischen Bataillone, deshalb steht viel Arbeit bevor.

Der 1. September ist ein heller Feiertag, der Tag, wo die Kinder wieder in die Schule gehen. Das sind bunte Bänder, eine Menge Blumensträuße, die Klänge von Glocken, Kinderlachen. Und unter solch schwierigen Bedingungen wurden viele Anstrengungen eingebracht, damit die Kinder aus der Oblast Saporoshe sich am ersten Herbsttag ruhig an die Schulbänke setzten und sich in den Unterricht vertiefen konnten. Hier waren Anstrengungen der Führung der Oblast Saporoshe sowie des Ministers für Wissenschaft und höhere Bildung der RF W.N. Falkow und des Bildungsministers der RF S.S. Krawzow notwendig, die persönlich auf diesen Territorien waren und die Vorbereitung zum Unterrichtsbeginn kontrollierten.

Zur Zeit hat die Führung der Oblast Saporoshe mit einem großen Mangel an Lehrern und Ärzten zu kämpfen, deshalb wurde bei dem Treffen entschieden, einen Schwerpunkt auf die Lösung dieser Frage zu legen – sie unter besondere Kontrolle zu nehmen und die Besetzung der Arbeitsplätze mit russischen Spezialisten zu unterstützen.

Weiter fand ein Treffen mit Einwohnern sowie mit Vertretern der Kommunistischen Partei der Ukraine statt, die heute aktiv dabei helfen, die Volkswirtschaft wiederaufzubauen, die im Verlauf der ukrainischen Aggression erheblich gelitten hat.

„An uns wandten sich auch Einwohner von Melitopol, Parteiaktivisten, mit der Bitte bei der Wiedererrichtung eines Denkmals für den Führer der Sowjetunion Wladimir Iljitsch Lenin zu helfen. Nach der Ankunft in Moskau werden wir dies mit der Führung unseres Landes und unserer Partei erörtern und wir werden die Initiative von Einwohnern der Stadt mit großen Vergnügen unterstützen. Dies wird ein bedeutsames Ereignis sein – um dieses Denkmal versammelten sich immer Menschen: an Tagen der Freude und der Trauer. Als die Ukrofaschisten nach Melitopol einfielen, versteckten Einwohner das Denkmal, einfache Bürger schützten es und taten alles, um das Monument bis heute zu erhalten. Wir werden diese Frage auf jeden Fall angehen“, sagte Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew.

Danach fuhr die Delegation in die Oblast Cherson.



<https://kprf.ru/m/900/700/t/img/2022/09/img-20220902-wa0040.jpg>

12:10 (11:10) deu.belta.by: **Wirtschaftsministerium: Dynamik bei Warenexporten ist vierten Monat in Folge positiv**

Der Pressedienst des Wirtschaftsministeriums teilt mit, dass die Dynamik der Warenexporte den vierten Monat in Folge positiv sei.

Nach dem Rückgang der Ausfuhren im März dieses Jahres, der auf den Schock der verschärften Sanktionen zurückzuführen war, ist in den letzten vier Monaten ein positiver Trend bei den Ausfuhren zu verzeichnen. Im Juni lag er bei \$3,2 Mrd. und damit um 14 % höher als im Mai dieses Jahres. Im Juli nahmen die Exporte weiter zu (101,7%).

"Ende Juni und Juli lag das Liefervolumen nahe an den Werten der gleichen Zeiträume des Vorjahres und betrug 99,6 % vergl. mit Juni 2021, 97,5 % mit Juli 2021. Das ist das Ergebnis der Anstrengungen, die unternommen werden, um die Ausfuhren auf alternative Märkte umzulenken und den Handel mit befreundeten Ländern zu steigern", so der Pressedienst.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1662111144_61831_big.jpg

11:33 de.rt.com: **Putin: "Hauptziel der Sonderoperation ist die Beseitigung der antirussischen Enklave"**

Während des Besuchs einer Schule in Kaliningrad hat Russlands Präsident Wladimir Putin

Schülern erklärt, dass das Ziel der Sonderoperation in der Ukraine die Beseitigung der antirussischen Enklave sei, die auf dem Territorium der Ukraine geschaffen werde. Er sagte: "Auf dem Territorium der heutigen Ukraine hat man begonnen, eine antirussische Enklave zu schaffen, die unser Land bedroht. Deshalb schützen unsere Jungs, die dort kämpfen, sowohl die Einwohner der Donbass-Republiken als auch Russland selbst. Und das verdient natürlich die Unterstützung der ganzen Gesellschaft."

Putin hob hervor, dass alle, die Russland der Aggression beschuldigen, nicht verstehen, dass Russland die Einwohner der Volksrepubliken Lugansk und Donezk schütze, die den Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 nicht akzeptieren wollen.

nachmittags:

12:01 de.rt.com: Cherson: Mehrstöckiges Wohnhaus bei Beschuss durch ukrainische Streitkräfte zerstört

Ein mehrstöckiges Wohnhaus ist bei einem Artillerieangriff ukrainischer Streitkräfte auf die Stadt Cherson zerstört worden. Dies meldete der Pressedienst der regionalen Verwaltung laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Ein Teil des Gebäudes sei zerstört worden.

Die Behörde gab außerdem bekannt, dass am Ort des Geschehens Bergungsarbeiten laufen. Nach vorläufigen Angaben wurden bei dem Angriff mindestens zwei Personen getötet, mehrere wurden verwundet. Die Nachrichtenagentur veröffentlichte außerdem ein [Video](#) vom zerstörten Gebäude.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/PKpRZnhSxXb0nOZhRwEb-R1hbs2tigOBT2FDYbYa0H2MsoceTUdfwWAMrNWSYKo2EFuJm6ysZie1dL_XcqG6JBy9fSVVXOM22YKPtxaTJiFupoDpY3J9NrZOsbjm-5z7urVxy8VX96-G6H2CzMBiP5-vX3XpyZZRsOOo1dAgSjk0RQwIH64nM0Vv6ce7FRk3Dr9Dk9yMogqbehZluvUfx3UTigQBE4M9FxyRo6KKti77_6pHooFwzgUnOpEGOZjOH9opNjzL3GTpnAtu-ysw7X_CDicpATorom93iueZ0TcSmxqDALSXZd-uy1CMWEf3frZ9uf6_wxyDJnkakO9_2Qw

12:29 de.rt.com: IAEA: AKW Saporoschje mehrfach beschädigt

Experten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) haben am AKW Saporoschje Notsysteme, Dieselgeneratoren, Kontrollräume der Reaktorblöcke und weitere Komponenten untersucht. Das AKW soll mehrfach beschädigt worden sein. Allerdings könnten die Fachkräfte bisher nicht deutlich sagen, ob die Schäden vorsätzlich verursacht worden seien. Die Delegation sei nach wie vor über die Sicherheit des AKW besorgt und wolle daher einen Mechanismus einführen, um die Sicherheit der Anlage zu gewährleisten.

Eine IAEA-Fachkräftegruppe werde bis zum 4. oder 5. September beim AKW Saporoschje bleiben, um eine detailliertere Untersuchung fortzusetzen, damit die Mission einen offiziellen Bericht erstellen könne. Danach werde die IAEA eine ständige Präsenz in der Anlage schaffen. Dies berichtet [TASS](#) unter Berufung auf IAEA-Chef Rafael Grossi.

12:38 de.rt.com: **Taiwan vernichtet "nicht identifizierte Drohne"**

Nach Angaben aus Taipeh sei eine "nicht identifizierte zivile Drohne" in Taiwans Luftraum eingedrungen und wurde abgeschossen. Der Premierminister von Taiwan deutete an, dass es sich dabei um eine chinesische Drohne handelte und erklärte, Taipeh habe die "angemessene" Antwort gegeben.

Taiwan sah sich nach eigenen Angaben gezwungen, eine Drohne abzuschießen, die zwischen der chinesischen Küste und einer von Taipeh kontrollierten Insel geflogen sei. Man habe von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch gemacht, heißt es weiter aus Taipeh. Zugleich unterstellte Taiwan der chinesischen Führung in Peking, hinter dem angeblichen Eindringen zu stehen.

Der Premierminister Su Tseng-chang erläuterte den Drohnenvorfall am Freitag auf einer [Pressekonferenz](#) und erklärte, eine "nicht identifizierte zivile Drohne" sei am Vortag in Taiwans Luftraum eingedrungen und vom Militär abgeschossen worden.

"Sie haben unsere Warnungen, den Luftraum zu verlassen, wiederholt ignoriert, und wir hatten keine andere Wahl, als uns selbst zu verteidigen und zu schießen. Dies ist die angemessenste Reaktion", sagte Su Tseng-chang und fügte hinzu, dass China Zurückhaltung üben solle.

Pekings Büro für Taiwan-Angelegenheiten widersprach den Äußerungen von Su jedoch umgehend und erklärte, der Versuch der Insel, eine Konfrontation zwischen den beiden Seiten heraufzubeschwören, sei "äußerst lächerlich".

Die genaue Herkunft der Drohne ist nach wie vor unklar. Das taiwanische Militär erklärte derweil, der unbemannte Flugkörper sei nach dem Eindringen in den gesperrten Luftraum in der Nähe des [Inselchens Lion](#), das nur 4,8 Kilometer östlich des chinesischen Festlands liegt, abgeschossen worden. Laut Angaben aus Taipeh stürzte die Drohne nach dem Abschuss ins Meer.

Ein ähnlicher Vorfall hatte sich am Dienstag in der Nähe der [Insel Erdan](#) ereignet, als taiwanische Streitkräfte scharfe Schüsse auf einen ganzen "Schwarm" ziviler Drohnen abfeuerten, die in das Gebiet eingedrungen waren. Ein weiterer Vorfall hatte Anfang August stattgefunden, als Taiwan Leuchtraketen abfeuerte, um chinesische unbemannte Flugkörper über den [Kinmen-Inseln abzuwehren](#). Auch diese Inselgruppe liegt weitab von Taiwan direkt vor der Küste der Volksrepublik China. Der taiwanische Generalmajor Chang Zone-sung hatte damals gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters behauptet, zwei chinesische Drohnen seien in der Nähe der Kinmen-Inseln gesichtet worden und wären zu zweit unterwegs gewesen und dabei zweimal in das taiwanische Gebiet eingedrungen. Man habe Leuchtraketen abgefeuert, um sie zu warnen, wonach sie abgedreht hätten, so der taiwanische Generalmajor.

Die Aktivitäten in der Nähe des taiwanischen Luftraums fallen in eine Zeit zunehmender Spannungen zwischen der Insel-Republik und der Volksrepublik China, die Taiwan als Teil des eigenen Territoriums betrachtet. Ein kürzlich stattgefundener Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi in Taipeh sowie eine nachfolgende weitere Reise von Beamten der niedrigeren Ebene aus den USA erregten den Zorn Pekings, das mit massiven Militärübungen in der Nähe Taiwans reagierte, darunter mit einer Übung, die eine Blockade der Insel simulierte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6311a8cd48fbef73ee6c683d.jpg>
Taiwanische Soldaten demonstrieren die Funktionsweise des vor Ort entwickelten Boden-Luft-Raketensystems Sky Bow III während einer Medienveranstaltung auf der Chiashan Air Force Base nahe dem Flughafen Hualien am 18. August 2022

12:54 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsminister Schoigu: Wir haben keine schweren Waffen am AKW Saporoschje**

Die russischen Streitkräfte stationieren keine schweren Waffen in der Umgebung des Atomkraftwerks Saporoschje, erklärte Russlands Verteidigungsminister Sergei Schoigu während einer Konferenz. Angaben von RIA Nowosti zufolge sagte er:

"Die ukrainische Regierung lügt geradezu, dass die russischen Streitkräfte die Streitkräfte der Ukraine mit Artillerie beschießen, während sie sich hinter wichtigen

Energiewirtschaftsobjekten verstecken. Ich erkläre in aller Verantwortung, dass wir keine schweren Waffen auf dem Gelände des Atomkraftwerks und der anliegenden Gebiete haben. Ich hoffe, die Kommission der IAEA kann sich davon persönlich überzeugen."

Schoigu merkte an, dass die ukrainischen Streitkräfte die Infrastruktur des AKW regelmäßig unter Einsatz westlicher Waffen angreifen. "Seit dem 18. Juli gab es 29 Fälle von Beschuss, es wurden 120 Artilleriegeschosse abgefeuert und 16 Kamikaze-Drohnen eingesetzt", erklärte er und warnte, dass die ukrainischen Streitkräfte durch ihre Angriffe auf das AKW, die selbst während des Besuchs der IAEA-Mission stattfanden, ganz Europa in Gefahr bringen:

"Durch ihre Angriffe auf ein Atomkraftwerk nimmt Kiew die reale Gefahr einer nuklearen Katastrophe in Europa in Kauf. Nach dem Völkerrecht ist es nichts anderes als Nuklearterrorismus."

13:23 de.rt.com: **Energiekonzern Equinor verlässt Russland**

Der norwegische Energiekonzern Equinor teilte am Freitag mit, den Rückzug aus dem sogenannten Production Sharing Agreement (PSA) in Hinsicht auf das Ölfeld Charjaga beendet zu haben. Damit verlässt Equinor das letzte gemeinsame Projekt mit Russland. In einer Stellungnahme auf der Webseite des Unternehmens heißt es:

"Equinor kann nun bestätigen, dass der vollständige Ausstieg aus Charjaga abgeschlossen ist."

"Nach dem Ausstieg aus Charjaga hat Equinor keine verbleibenden Vermögenswerte oder Projekte in Russland."

Der Energiekonzern hatte bereits im Februar angekündigt, alle Investitionen und Projekte in Russland einzustellen. Das Unternehmen war seit rund 30 Jahren in Russland tätig. Gemeinsam mit dem russischen Mineralölunternehmen Rosneft erschloss es Ölvorkommen in Ostsibirien.

Das Ölfeld Charjaga liegt im Autonomen Kreis der Nenzen jenseits des Polarkreises. An dem Projekt war die Equinor-Tochtergesellschaft Statoil Kharyaga AS beteiligt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6311bc35b480cc6ba96222af.jpg>
g

Equinor-Bürogebäude in Fornebu, Norwegen

13:56 de.rt.com: **Ukrainische Tennisspielerin verweigert weißrussischen Gegnerin Handschlag nach Partie**

Die ukrainische Tennisspielerin Marta Kostjuk hat ihrer Gegnerin Wiktorija Asarenko aus Weißrussland nach der Partie bei den US Open in New York den [Handschlag verweigert](#). Die beiden verabschiedeten sich stattdessen am Netz mit einer Schlägerberührung. Asarenko hatte das Spiel mit 6:2, 6:3 gewonnen und war in die dritte Runde eingezogen. Kostjuk sagte, sie habe vor dem Spiel eine SMS an Asarenko geschickt und sie gewarnt, dass es keinen traditionellen Handschlag geben werde. Kostjuk sagte auf der Pressekonferenz nach dem Spiel:

"Das ist meine Entscheidung, denn keiner von ihnen hat den Krieg und das Vorgehen ihrer Regierungen öffentlich verurteilt. Und das kann ich nicht unterstützen."

Es gebe keinen persönlichen Konflikt, aber Asarenko habe großen Einfluss in Weißrussland und könnte mehr tun. Die ukrainische Tennisspielerin fügte hinzu:

"Einige haben viele Fans, die zu ihnen aufschauen. Aber sie haben ihre Plattform nicht genutzt, um die richtige Botschaft zu verbreiten, dass sie den Krieg nicht unterstützen."

14:06 de.rt.com: **Israelischer Angriff auf Flughafen von Aleppo – Syrischer Top-Diplomat: Israel spielt mit dem Feuer**

Der syrische Außenminister fand angesichts des israelischen Angriffs auf den Flughafen von Aleppo scharfe Worte für Israel. Zugleich warf er dem Westen vor, die Augen vor der israelischen Aggression zu verschließen. Ein am Donnerstag aufgenommenes Satellitenbild zeigt erhebliche Schäden an den Start- und Landebahnen des Flughafens.

Der syrische Außenminister Faisal Mekdad sprach am Donnerstag eine scharfe Warnung an Israel aus, nachdem die israelische Armee einen Tag zuvor den internationalen Flughafen von Aleppo in Syrien bombardiert hatte.

Mekdad sagte, Israel spiele "mit dem Feuer" und riskiere einen groß angelegten militärischen Konflikt. Das syrische Außenministerium teilte in einer Erklärung mit:

"Die anhaltenden militärischen Angriffe Israels bedrohen die Sicherheits- und die militärische Lage in der Region. Syrien wird angesichts dieser Aggressionen nicht schweigen, und früher oder später werden die Israelis den Preis dafür zahlen."

Das Ministerium warf den USA und dem Westen vor, "die Augen zu verschließen und Israel damit zu ermutigen."

Die israelische Armee führte am Mittwoch einen Raketenangriff auf den Flughafen in der

syrischen Stadt Aleppo durch. Laut Darstellung der sogenannten "Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte" mit Sitz im London richteten sich die Angriffe gegen Stellungen sowie Waffen- und Munitionsdepots pro-iranischer Milizen. Die Anti-Assad-Beobachtungsstelle behauptete, Israel habe vier Raketen auf Lagerhäuser in der Umgebung abgefeuert, wo sich eine Lieferung iranischer Raketen befunden haben soll.

Ein am Donnerstag aufgenommenes Satellitenbild zeigt Schäden am internationalen Flughafen von Aleppo in Nordsyrien. Das von Planet Labs PBC aufgenommene und von Aurora Intel zur Verfügung gestellte Bild scheint einen verbrannten Bereich am Ende der Landebahn zu zeigen. In der Nähe des beschädigten Bereichs sind mehrere Fahrzeuge zu sehen, die wahrscheinlich Reparaturen an der Start- und Landebahn durchführen, wobei der Einschlag ein Loch in die Asphaltdecke gerissen hat. Ein Funknavigationssystem südlich der Start- und Landebahn, mit dessen Hilfe die Flugzeuge ihre Position bestimmen können, ist auf dem Bild ebenfalls als beschädigt zu erkennen.

Am Mittwoch nahm Israel zudem Damaskus ins Visier. Ziel des zweiten Angriffs soll ein ähnliches Navigationssystem gewesen sein, das auf dem internationalen Flughafen von Damaskus eingesetzt wird.

Im Juni war der Flughafen von Damaskus vorübergehend außer Betrieb, nachdem die Start- und Landebahnen bei einem israelischen Luftangriff getroffen worden waren. Seit Ausbruch des Syrien-Konfliktes hat Israel hunderte Luftangriffe auf Ziele in Syrien geflogen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6311bf4548fbef732c09e12b.jpg>

Dieses Satellitenbild, das am 1. September 2022 aufgenommen wurde, zeigt Schäden, die bei einem israelischen Luftangriff auf den Flughafen von Aleppo in Nordsyrien entstanden.

14:34 de.rt.com: **Schoigu: Ukraine plant Angriffe in südliche Richtung, um Illusion bei westlichen Kuratoren zu erzeugen**

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hat während einer Telefonkonferenz am Freitag erklärt, dass die Streitkräfte der Ukraine weiterhin versuchen, ihre Offensive in Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog fortzusetzen. Hierbei erleide die ukrainische Armee erhebliche Verluste. Schoigu wörtlich:

"Dies wurde von Selenkijs Büro mit dem einzigen Ziel geplant, bei den westlichen Kuratoren eine Illusion zu erzeugen, dass die ukrainischen Streitkräfte eine Offensive durchführen können."

Außerdem habe die russische Armee in den vergangenen zwei Wochen einen wichtigen Stützpunkt der ukrainischen Streitkräfte in der Siedlung Peski unter ihre Kontrolle gebracht. Zugleich habe das russische Militär der Verwaltungsgrenze des Nikolajew Gebiets bei Alexandrowka genähert und das Dorf Blagodatnoje befreit. Zudem seien fast 3.000 ausländische Söldner bei der Sonderoperation in der Ukraine getötet worden.

15:02 de.rt.com: **Peskow: Zuverlässigkeit von Nord Stream 1 in Gefahr**

Auf die Frage, ob nach der Wiederaufnahme des Betriebs neue Reparaturen an Nord Stream 1

zu erwarten sind, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Freitag, die Zuverlässigkeit der Gaspipeline sei in Gefahr, aber nicht durch das Verschulden von Gazprom:

"Es gibt keine technologischen Reserven, es arbeitet nur eine Turbine. Überlegen Sie mal."

Zuvor hatte Gazprom angekündigt, dass Nord Stream 1 am 3. September nach einer dreitägigen wartungsbedingten Unterbrechung seine Arbeit wieder aufnehmen werde. Der Umfang soll den Lieferungen vor der Unterbrechung entsprechen, also etwa 20 Prozent der maximal möglichen Menge und damit täglich 33 Millionen Kubikmeter Erdgas.

15:15 de.rt.com: **G7-Finanzminister wollen Preisdeckel auf russisches Öl durchsetzen**

Trotz westlicher Sanktionen verdient Russland mit Ölexporten Milliarden und Verbraucher hierzulande leiden derweil unter hohen Energiepreisen. Die Finanzminister der G7-Staaten wollen nun einen Preisdeckel auf russisches Öl durchsetzen. Moskau hingegen warnt vor den Folgen für den Erdölmarkt.

Die westlichen Staaten haben gegen Russland weitreichende Sanktionen verhängt. Bis Jahresende wollen die EU-Länder gar ihre russischen Ölimporte um 90 Prozent kappen. Doch trotz westlicher Strafmaßnahmen gegen Moskau, die darauf abzielten, den Export russischer Rohstoffe zu erschweren, verdient Russland mit Ölexporten Milliarden. Dies wollen die einflussreichen G7-Länder nun ändern, indem sie einen Preisdeckel auf russisches Öl durchsetzen.

Die Finanzminister der G7-Gruppe stellten am Freitag ihren Plan vor, wonach der weltweite Seetransport von russischem Rohöl und Erdölprodukten verboten wird, wenn der Preis nicht von den "internationalen Partnern" genehmigt werde.

"Wir verpflichten uns, dringend an der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Maßnahme zu arbeiten", erklärten Vertreter der USA, Kanadas, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und Japans in einer gemeinsamen Erklärung, die der Nachrichtenagentur AFP vorlag. Wie hoch die angestrebte Obergrenze sein soll, ist nicht bekannt. Laut AFP heißt es in dem Papier weiter:

"Wir streben eine breite Koalition an, um die Wirksamkeit zu maximieren, und fordern alle Länder, die immer noch russisches Öl und Erdölprodukte importieren wollen, auf, sich zu verpflichten, dies nur zu Preisen zu tun, die auf oder unter der Preisobergrenze liegen."

Die Maßnahme zielt darauf ab, die Einnahmen Moskaus zu schmälern und gleichzeitig den Zustrom russischen Erdöls auf die internationalen Märkte beizubehalten, um einen weiteren Preisanstieg zu vermeiden.

"Wir werden Putins Fähigkeit einschränken, seinen Krieg aus Ölexporten zu finanzieren, indem wir Dienstleistungen wie Versicherungen und die Bereitstellung von Finanzmitteln für Schiffe, die russisches Öl über eine vereinbarte Preisobergrenze hinaus transportieren, verbieten", soll der britische Finanzminister Nadhim Zahawi laut einem Reporter des britischen Senders Sky News dazu erklärt haben.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte laut einem Bericht der Nachrichtenagentur dpa zuletzt betont, ein Preisdeckel funktioniere auch nur, wenn er global organisiert werde. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte am Donnerstag in der ZDF-Sendung "maybrit illner", eine "große Zahl von Ländern international" sei nötig. "Das scheint sich jetzt abzuzeichnen, dass wir dieses Ziel erreichen", so von der Leyen. Doch auf die Frage, ob auch China dabei sei, sagte sie:

"Nicht alle sind an Bord."

Aus Moskau hieß es bereits am Donnerstag, dass man "nicht die Absicht habe, Öl in Länder zu liefern, die den Vorschlag zur Deckelung der Preise für russischen Kraftstoff unterstützen würden. Der stellvertretende Ministerpräsident Alexander Nowak kommentierte den angekündigten Plan laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit den Worten:

"Meiner Meinung nach ist das völlig absurd."

Nowak zufolge werden Versuche, in die Marktmechanismen eines so wichtigen

Wirtschaftszweigs einzugreifen, diesen destabilisieren und den gesamten Erdölmarkt bedrohen, was zu einer weltweiten Katastrophe der Energiesicherheit führen könnte. Nowak führte an:

"Und die ersten, die dafür bezahlen werden, sind die europäischen und amerikanischen Verbraucher, die aufgrund der von ihnen übernommenen destabilisierenden Faktoren bereits hohe Preise zahlen. Insbesondere die Sanktionsbeschränkungen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63120c6348fbef0f915d79e7.jpg>
Bundeskanzler Olaf Scholz (Berlin, 16. August 2022)

15:59 de.rt.com: **Tag des Wissens: Schulbeginn in LVR und DVR**

Mit dem 1. September beginnt für die Kinder in Russland, wie auch in vielen anderen ehemaligen Ostblockstaaten, das neue Schuljahr. Für viele Kinder ist dieser Tag etwas ganz Besonderes, denn er läutet einen neuen Abschnitt in ihrem Leben ein. Er wird traditionell mit vielen Blumen, Luftballons und in schicker Schulkleidung gefeiert.

In den Volksrepubliken Lugansk und Donezk haben die Kinder in den Schulen von Lugansk, Mariupol und Wolnowacha am Donnerstag ebenfalls den Tag des Wissens gefeiert und das Schuljahr begonnen.

LVR-Chef Leonid Passetschnik teilte mit, dass der Schultag in Lugansk unter verschärften Sicherheitsmaßnahmen stattfand. Nach Angaben der stellvertretenden Ministerpräsidentin der LVR, Anna Todorowa, begannen insgesamt mehr als 114.000 Schüler das neue Schuljahr in der Volksrepublik Lugansk. Das russische Bauministerium teilte mit, dass rund 1.400 Schulen in den beiden Volksrepubliken ihre Türen geöffnet haben.

Mit Unterstützung aus Russland konnten die zerstörten Schulgebäude in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk weitgehend rechtzeitig zum Tag des Wissens wiederhergestellt und erneuert werden.

`<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-134310637&id=456257269&hash=61ef470798c2ef97" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>`

https://vk.com/video-134310637_456257269

16:04 de.rt.com: **G7-Finanzminister einigen sich auf Durchsetzung einer Preisobergrenze für russisches Öl**

Die Finanzminister der G7-Staaten haben einstimmig beschlossen, eine Preisobergrenze für Öllieferungen aus Russland einzuführen, teilte das deutsche Finanzministerium auf seiner Website mit.

Weiterhin bekräftigten die G7-Finanzminister ihre Absicht, den Seetransport von russischem Erdöl und Erdölerzeugnissen zu verbieten, wenn diese nicht zu einem gedeckelten Preis gekauft werden.

Die G7-Länder haben auch bestätigt, dass sie zusätzlich zu den Ölbeschränkungen

Mechanismen entwickeln werden, die es empfindlichen Ländern ermöglichen, den Zugang zu den Energiemärkten, einschließlich Russland, aufrechtzuerhalten. Außerdem forderten sie alle Erdöl produzierenden Länder auf, die Ölproduktion zu erhöhen, um die Marktvolatilität zu verringern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63120a3eb480cc6c175764d9.jpg>

Öltankschiffe im Handelshafen von Sankt Petersburg

16:18 de.rt.com: **Behördenvertreter von Saporoschje: Kiew wollte Spione und Saboteure in die IAEA-Mission einschleusen**

Kiew soll versucht haben, Spione in die Delegation der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA), die auf dem Weg zum Kernkraftwerk Saporoschje war, einzuschleusen. Das behauptete das Mitglied des Hauptrates der Verwaltung des Gebietes Saporoschje Wladimir Rogow gegenüber [RIA Nowosti](#). Er sagte:

"Die ukrainischen Geheimdienste haben auf Selenskijs Befehl versucht, ihre Spione und Saboteure unter journalistischer Tarnung in die Delegation der IAEA zum Kernkraftwerk Saporoschje einzuschleusen."

Rogow zufolge wurde dieses Komplott der Kiewer Behörden rechtzeitig aufgedeckt:

"Ein Versuch, als ukrainische Journalisten getarnte Spione und Saboteure einzuschleusen, wurde vereitelt. Sie durften das Gelände des AKW Saporoschje nicht betreten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6311f1e448fbef0c561a5aac.jpg>
*Autos der Delegierten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) am
Kernkraftwerk Saporoschje*

16:27 de.rt.com: **Kasachstan: Präsident Toqajew kündigt vorgezogene Neuwahlen an**

Am Donnerstag hat der kasachische Präsident, Kassym-Schomart Toqajew, überraschend Neuwahlen und eine Verfassungsreform angekündigt, mit der die Amtszeit des Staatsoberhauptes auf sieben Jahre ausgeweitet, dafür aber seine Wiederwahl ausgeschlossen wird. Experten versuchen eine Einordnung dieses Schrittes.

In Kasachstan werden im Herbst vorgezogene Präsidentschaftswahlen stattfinden. Dies kündigte der derzeitige Staatschef der zentralasiatischen Republik, Kassym-Schomart Toqajew, am Donnerstag in einer Ansprache an das Parlament des Landes an. Er selbst will sich an den Wahlen auch beteiligen. Der Wahlsieger soll Kasachstan sieben Jahre lang führen, ohne das Recht, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren.

Toqajews Ankündigung kam für die Bevölkerung wie für die Fachwelt sehr überraschend. Die laufende Amtszeit des Präsidenten würde erst in zwei Jahren enden, und bis gestern gab es nicht den geringsten Hinweis auf vorgezogene Neuwahlen. Das Staatsoberhaupt begründete die Entscheidung mit Interessen des Staates, die Vorrang hätten.

Das Überraschendste ist die Beschränkung der Amtszeit auf nur eine Wahlperiode, bei gleichzeitiger Verlängerung von fünf auf sieben Jahre. Unklar bleibt vorerst, ob das Verbot der Wiederwahl ab sofort gilt oder erst nach den kommenden vorgezogenen Wahlen in Kraft treten wird. Letzteres würde bedeuten, dass der im Herbst gewählte Präsident fünf Jahre lang im Amt bleiben und dann für eine weitere siebenjährige Amtszeit kandidieren könnte.

Kasachische Verfassungsexperten interpretieren die Reform jedoch überwiegend anders: "Schon die bevorstehende Wahl soll nach dem neuen Prinzip durchgeführt werden. Das heißt, das Parlament wird auf Toqajews Vorschlag die Verfassung bereits vor den Wahlen abändern", erklärte der Politikexperte Islam Kurajew gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Kasachstan ist das erste Land der ehemaligen Sowjetunion, das eine Amtszeitbegrenzung auf nur eine Wahlperiode einführt. Das benachbarte Usbekistan bereitet derzeit eine Verfassungsreform vor, die es Präsident Schawkat Mirsijojew ermöglichen würde, für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Und in Tadschikistan gewann Emomali Rahmon im vergangenen Jahr zum fünften Mal die Präsidentschaftswahl.

"Sieben Jahre sind ein ausreichender Zeitraum, um ein ehrgeiziges Programm umzusetzen. Andererseits wird die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf eine Amtszeit sicherstellen, dass sich das Staatsoberhaupt voll und ganz auf die Lösung der strategischen Aufgaben der nationalen Entwicklung konzentrieren kann. Das Leben steht nicht still, und die Dynamik der globalen Prozesse und der gesellschaftlichen Entwicklung im Lande beschleunigt sich täglich",

betonte Toqajew in seiner Rede am Donnerstag.

Im vergangenen Winter war es in Kasachstan zu [Massenprotesten](#) gekommen, die von den Medien als "[blutiger Januar](#)" bezeichnet wurden. Sie begannen mit wirtschaftlichen Forderungen und weiteten sich dann auf politische Forderungen aus. Toqajew wandte sich sodann an die OVKS mit der Bitte um Hilfe bei der Stabilisierung der Lage. In der Folge wurde die Situation im Land durch den Einsatz eines beschränkten Kontingents von armenischen, russischen und weißrussischen Truppen innerhalb kurzer Einsatzzeit befriedet, das internationale Kontingent bald wieder abgezogen.

Von RIA Nowosti befragte Experten sind davon überzeugt, dass diese Episode den kasachischen Staatschef dazu veranlasst hat, vorgezogene Wahlen abzuhalten. "Toqajew will nach den Ereignissen zu Beginn des Jahres endlich Legitimität erlangen. Er muss klären, welcher Teil der Bürgerinnen und Bürger ihn unterstützt. Und natürlich hofft er auf einen Sieg. Wie jeder Politiker hat er sich einen günstigen Zeitpunkt ausgesucht, um zu gewinnen",

kommentierte Alexander Gusew, Direktor des Zentrums für strategische Entwicklung der GUS-Staaten, die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen.

Die meisten Bürger Kasachstans unterstützen Toqajew, und es gibt keine Alternative zu ihm, glaubt Tschingis Lepsibajew, Vorsitzender des Eurasischen Expertenrates. Nach seiner Ansicht vertritt Toqajew die Reformkräfte im Land gegen dessen alte Elite. Eine Wiederwahl würde dem Präsidenten ein starkes Mandat für "ernsthafte politische Reformen" in die Hand geben.

Der Politikwissenschaftler Islam Kurajew ist sich sicher, dass Toqajew keine starken Gegner hat:

"Es mag einige alternative Kandidaten geben, aber das sind meist Medienpersonen, die nicht in der Lage sind, dem amtierenden Präsidenten Konkurrenz zu machen. Sie verfügen nicht über sein Format. Außerdem sind die Menschen dem derzeitigen Führer gegenüber loyal, denn unter ihm hat der Transformationsprozess begonnen. Der Staat wirft soziale Fragen auf, die Behörden schenken den Bürgern viel Aufmerksamkeit. Dies wird bei der Abstimmung eine wichtige Rolle spielen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6311f70cb480cc6a776a4554.jpg>

Präsident Toqajew während der Ansprache im Parlament, 1. September 2022

16:33 de.rt.com: **Ukraine erleidet schwere Verluste am südlichen Frontabschnitt**

Das russische Verteidigungsministerium hat in seinem täglichen Pressebericht gemeldet, dass die ukrainischen Streitkräfte bei ihren Vorstoßversuchen in den Gebieten Nikolajew und Kriwoj Rog empfindliche Verluste erlitten hätten. Der Sprecher des Ministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, teilte diesbezüglich mit:

"Insgesamt hat der Gegner an diesem Frontabschnitt 13 Panzer, 19 Schützenpanzer, zwölf sonstige gepanzerte Fahrzeuge, elf Geländewagen mit Großkaliber-Maschinengewehren und über 330 Militärangehörige verloren. Zwei Soldaten wurden gefangengenommen."

Außerdem meldete Konaschenkow Luftschläge gegen Stellungen der ukrainischen 17. Panzerbrigade und der 46. Luftsturmbrigade im Gebiet Nikolajew. Dabei sollen über 40 ukrainische Soldaten getötet und bis zu zehn Fahrzeuge zerstört worden sein. Bei einem Artillerieschlag auf die Stellungen der 60. Infanteriebrigade im Gebiet Cherson seien über 30 ukrainische Militärs getötet und bis zu 15 weitere verwundet worden.

Darüber hinaus wurden nach Angaben des Verteidigungsministeriums zwei ukrainische Erdkampfflugzeuge vom Typ Su-25 und ein Jäger vom Typ MiG-29 in der Nähe der Siedlung Andrejewka im Gebiet Cherson abgeschossen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6312141948fbef0c6207d71c.jpg>

Ein zerstörter ukrainischer Panzer

17:40 (16:40) novorosinform.org: **Kiew verhängte „Sondersanktionen“ gegen Lehrer in den befreiten Gebieten**

Lehrer, die Kinder und Schüler im Rahmen des russischen Programms unterrichten, unterliegen für einen Zeitraum von fünf Jahren „besonderen Wirtschaftssanktionen“. Die Entscheidung wurde vom Parlament gebilligt, teilte das ukrainische Ministerium für Wiedereingliederung mit.

Sanktionen werden auch gegen Bildungseinrichtungen verhängt, die auf die Arbeit nach russischen Standards umgestellt haben, berichtet der Pressedienst des Ministeriums.

„Lehrer und Bildungseinrichtungen im vorübergehend besetzten Gebiet, die Bildungsstandards der Russischen Föderation verbreiten und von Hochschulen der Russischen Föderation verliehene Bildungsabschlüsse anerkennen, unterliegen für einen Zeitraum von 5 Jahren besonderen wirtschaftlichen und anderen Sanktionen“, heißt es in der Erklärung. Gleichzeitig hat das Ministerium für Wiedereingliederung nicht präzisiert, was „besondere Wirtschaftssanktionen“ bedeuten. Sie fügten nur hinzu, dass Beschränkungen gegen 81 natürliche und 53 juristische Personen verhängt wurden.



https://novorosinform.org/content/images/22/84/52284_720x405.jpg

16:41 de.rt.com: **Budapest: Konflikt in der Ukraine hat EU auf katastrophale Weise geschwächt**

Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine hat zu einer katastrophalen Schwächung der Europäischen Union geführt, die von führenden EU-Politikern nicht verhindert werden konnte. Darauf wies Ungarns Außenminister Peter Szijjártó am Freitag auf dem Open-Balkan-Gipfel in Belgrad hin.

Der Konflikt in der Ukraine und seine "wirtschaftlichen Auswirkungen und die verheerende Energieversorgungskrise haben zu einer katastrophalen Schwächung Europas und der

Europäischen Union geführt". Der Chefdiplomat hob hervor:

"An diesem Tisch müssen wir die Wahrheit sagen. Und die Wahrheit ist, dass die Staats- und Regierungschefs der EU es versäumt haben, die Menschen in Europa davor zu schützen, die Rechnungen für einen Krieg zu bezahlen, für den sie überhaupt nicht verantwortlich sind."

Der ungarische Außenminister fügte hinzu, dass man darüber diskutieren müsse, wie man die Folgen dieses Konflikts vermeiden könne, "damit er nicht zum Verhängnis für den Kontinent wird". Er fügte hinzu:

"Es ist für jeden offensichtlich, dass die Erweiterungspolitik heute die wichtigste für Europa sein muss, denn Europa braucht den westlichen Balkan."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6311eeae48fbef0c6207d6da.jpg>

Peter Szijjártó

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 2. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

Mehr als 6800 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Krasnowka wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen, in Mariupol wurde Ausrüstung für LTE-Standards an einem Kommunikationsobjekte montiert.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führten Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol durch. In Wolnowacha wurden Haushalte in vier Straßen angeschlossen.

Der Anschluss von Erdgas für Verbraucher in den Bezirken Showtnewoje und Primorskoje von Mariupol wurde fortgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 10 Hektar Territorium untersucht und 101 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:01 de.rt.com: **Kirche in der Nähe von Cherson durch ukrainische Artillerieangriffe zerstört**

Eine Kirche im Zentrum der Stadt Berislaw im Gebiet Cherson sei durch ukrainischen Artilleriebeschuss zerbombt worden, berichtete die Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#). Ein Beamter der Stadtverwaltung sagte:

"Dies war der fünfte Angriff auf die Kirche innerhalb einer Woche, und nun ist sie zerstört."

Das [Video](#) der Nachrichtenagentur zeigt die vollständig zerstörte Kirche, wobei die Ikonen in den Trümmern des Gebäudes zu sehen sind.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/ScbCV3cFrdjq1rX082MdfGwzWoCtU2st95SeT1mOY-o4MLoTC5Qdn06tglnBA5U1T2EYkFamlSElMgBktqxcyGvrkyMWJ3Aw2qkRcQFUhSJAFwoP5DTb94EGcjjQP0E6RDPa4RpyD7gN9fik4hIrJon_aUchxFaaJ2FCFg8gzXAJcDr39cOIJB8OzJcQcnRf6SHNrWTFvNsw48JxDJcY4ZKBBhWVDvhSATwk60e93ohXhzUfMW5KkHLEZx6H52nDc0Jf1GsDsiJzBcgxY0bM_xOzBG2KcX2rN5p0AJUIjgryODXwaSlPS50c2fXL0o4tRKyx53BRjYcNMkmAr1EEA

17:11 de.rt.com: **Iran übermittelt EU neuen Vorschlag zur Beendigung des Atomstreits – USA finden ihn enttäuschend**

Die Bemühungen um die Wiederbelebung des Atomabkommens mit Iran von 2015 stehen offenbar wieder vor dem Scheitern. Iran hat der EU einen neuen Vorschlag zur Beilegung des Atomstreits übermittelt. Als erste Reaktion äußerte sich die US-Regierung nun über den Vorschlag Teherans enttäuscht.

Iran hat der Europäischen Union am Donnerstagabend einen neuen Vorschlag zur Beendigung des jahrelangen Streits über sein Atomprogramm übermittelt, nachdem Teheran die US-Antwort auf den EU-Entwurf im Atomstreit geprüft hatte.

Die Atomgespräche zwischen dem Westen und Iran waren kürzlich beendet worden, nachdem die EU einen endgültigen Text für eine Vereinbarung zur Rückkehr zum Atomabkommen von 2015 vorgelegt hatte. Iran hatte darauf mit Änderungsvorschlägen geantwortet, welche die USA ihrerseits mit eigenen Vorschlägen erwiderten – ohne allerdings Details dazu zu veröffentlichen.

In Washington bestätigte das Außenministerium nun, dass es die Antwort Irans über die Europäische Union erhalten habe. Die EU dient als Vermittler für die indirekten Gespräche zwischen den beiden verfeindeten Staaten USA und Iran, nachdem der damalige US-Präsident Donald Trump 2018 einseitig aus dem Atomabkommen ausgestiegen war.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums sagte am Donnerstagabend (Ortszeit) in Washington:

"Wir können bestätigen, dass wir über die EU die Antwort Irans erhalten haben. Wir prüfen sie und werden über die EU antworten, aber leider ist sie nicht konstruktiv."

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hatte sich noch am Mittwoch optimistisch gezeigt, dass eine Neuauflage des Atomabkommens "in den kommenden Tagen" abgeschlossen werden könne.

Der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Nasser Kanaani, sagte am frühen Freitag iranischer Zeit, dass Teheran eine weitere Antwort bezüglich des Standpunktes der USA geschickt habe. Er bezeichnete den iranischen Vorschlag als "konstruktiv" und äußerte die Hoffnung, dass eine Einigung zustande kommen werde.

Iran hat bislang kein grünes Licht für die Wiederherstellung des Atomabkommens gegeben. Denn die USA haben keinerlei Bereitschaft signalisiert, der iranischen Regierung eine Garantie zu geben, dass Amerika eine erneute Einigung mit Iran nicht noch einmal einseitig beenden werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6311b46548fbef736c79101e.jpg>

Ali Bagheri Kani ist ein iranischer Diplomat und seit September 2021 politischer Stellvertreter im iranischen Außenministerium. Bagheri ist der neue Atomunterhändler.

17:16 de.rt.com: **Estland kündigt massive Aufrüstung an**

Estland will gemeinsam mit seinen baltischen Nachbarn seine Verteidigung zu Lande, zu Wasser und in der Luft stärken. Dies gab der Verteidigungsminister des Landes Hanno Pevkur während einer Pressekonferenz auf der schwedischen Insel Gotland bekannt. Laut Pevkur sei dies eine Reaktion auf eine angebliche Bedrohung durch Russland. Der Nachrichtenagentur TASS zufolge sagte der Minister:

"Alle unsere Länder und besonders Estland werden sich auf eine Verstärkung unserer Möglichkeiten fokussieren. Wir werden unsere Küstenverteidigung, Luftverteidigung und Verteidigung zur See stärken. Wir werden neue Möglichkeiten, neue Verteidigungssysteme anschaffen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6311f158b480cc6a776a4546.jpg>

Estnische Truppen auf einer Parade

18:25 (17:25) **novorosinform.org: Die Zahl der toten Soldaten der Streitkräfte der Ukraine geht in die Hunderttausende - ukrainischer General**

Die Ukraine habe im bewaffneten Konflikt gegen die Alliierten mehrere hunderttausend Kämpfer verloren, sagte der ehemalige stellvertretende Kommandeur der ukrainischen Spezialeinheiten, Generalmajor Sergej Kriwonos.

Er sagte dies in der Sendung des YouTube-Kanals des ukrainischen Mediennetzwerks, berichtet die Internetagentur [REGNUM](#).

„Die Verluste der bewaffneten Formationen des Kiewer Regimes während der Feindseligkeiten gegen Russland belaufen sich auf mehrere hunderttausend Menschen“, sagte Kriwonos.

Die Verantwortung für eine so große Zahl von Opfern trügen die ukrainischen Behörden, meint der General.

Laut Kriwonos habe die Führung der Ukraine einen großen Fehler begangen, als sie zu Beginn der russischen Militär-Spezialoperation begann, Waffen "auf den Straßen an jeden" zu verteilen. Stattdessen hätten die Ukrainer lange vor Beginn der Sonderoperation lernen müssen, wie man ordnungsgemäß Schützengräben aushebt, sagte Kriwonos.



https://novorosinform.org/content/images/22/88/52288_720x405.jpg

17:31 de.rt.com: **Medwedew: Russisches Gas wird in Europa nicht mehr vorkommen, wenn die EU eine Preisobergrenze einführt**

Es wird "einfach kein russisches Gas" in Europa mehr geben, wenn die EU eine Preisobergrenze für russisches Gas einführt. Dies [verkündete](#) der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew. Damit kommentierte er die Forderung der EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, eine Preisobergrenze für russisches Pipeline-Gas einzuführen. Er warnte:

"Es wird wie mit dem Öl sein. Es wird einfach kein russisches Gas mehr in Europa geben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6311f5c448fbef0c561a5abb.jpg>

17:50 de.rt.com: **DVR: Ukrainische Truppen erleiden Verluste und desertieren**

Bei den Kämpfen im Donbass wurde nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums das Führungskorps der ukrainischen 56. Motschützenbrigade eliminiert. Bei einem russischen Luftschlag seien 18 Militärangehörige, davon zwölf Offiziere, getötet worden. Weitere 31 Militärs seien verwundet worden.

Außerdem soll es unter den Soldaten der ukrainischen 110. Mechanisierten Brigade aufgrund schwerer Verluste zu Desertionen gekommen sein. Russlands Verteidigungsministerium gab hierzu bekannt:

"Im Zusammenhang mit den schweren Verlusten verweigerten Angehörige der 110. Mechanisierten Brigade, die in der Nähe der Siedlungen Awdejewka und Opytnoje der Donezker Volksrepublik stationiert waren, die Erfüllung der Kampfaufträge und verließen ihre Positionen."

17:55 de.rt.com: **IAEA im AKW Saporoschje – Drei Tote, ein Verletzter durch Beschuss der Umgebung**

Die Mission der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) hat am Mittwoch das AKW Saporoschje in dem gleichnamigen Gebiet besucht.

Und das trotz mehrerer Provokationen, die die ukrainische Seite, dem russischen Verteidigungsministerium zufolge, unternommen haben soll. Durch den Beschuss der Stadt Energodar, in der sich dieses größte Atomkraftwerk Europas befindet, sind nach Angaben der lokalen Verwaltung drei Menschen getötet und ein weiterer verletzt worden.

Nach dem Besuch des AKW Saporoschje sagte der Chef der IAEA, Rafael Grossi, sein Team werde vor Ort bleiben, um eine kontinuierliche Präsenz der Organisation dort aufzubauen.

abends:

18:01 de.rt.com: **Baerbock in Marokko: Moralisch flexibel für die Umwelt**

Ende August besuchte Baerbock Marokko. Die Beziehungen waren zuletzt angespannt. Marokko hält einen Teil der Westsahara besetzt, die Bundesregierung drang bisher auf Einhaltung des Völkerrechts. Baerbock vollzieht nun für die Energiewende in dieser Frage eine Kehrtwende.

Außenministerin Annalena Baerbock (Die Grünen) besuchte Ende August das nordafrikanische Königreich Marokko. Der Besuch bedeutet eine Kehrtwende in den deutsch-

marokkanischen Beziehungen.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Marokko war zuletzt schwierig. Rabat hatte gar aus Verärgerung über die deutsche Haltung bezüglich der Westsahara seine Botschafterin aus Berlin abgezogen. Das nördlich von Mauretanien gelegene Gebiet Westsahara ist von Marokko in weiten Teilen faktisch annektiert. Eine Kooperation zur industriellen Produktion von grünem Wasserstoff war unter Baerbocks Vorgänger im Amt, Heiko Maas (SPD), auf Eis gelegt worden. Stein des Anstoßes waren damals die marokkanischen Gebietsansprüche gegenüber dem Territorium der Westsahara.

Die letzte Bundesregierung drängte auf Einhaltung einer entsprechenden UN-Resolution, die vorsieht, den Status der Westsahara durch ein Referendum klären zu lassen. Marokko hält einen großen Teil des Territoriums der Westsahara besetzt und beansprucht es für sich. Ein Referendum lehnte Rabat bisher ab.

Die Verärgerung Marokkos über die Haltung Deutschlands hatte zur Folge, dass die diplomatischen Beziehungen zu Berlin faktisch abgebrochen wurden. Abgebrochen wurden darüber hinaus auch Projekte der Zusammenarbeit im Bereich Energie. Die Bedingungen in Marokko sind günstig für die Erzeugung von grünem Wasserstoff.

Der Besuch Baerbocks bedeutet nun eine Kehrtwende. Die Außenministerin machte deutlich, dass für sie der Plan Marokkos, der Westsahara zwar Autonomie-Rechte zuzugestehen, an der faktischen Annexion aber festzuhalten, ein durchaus gangbarer Weg sei – den Deutschland unterstützen würde. Gleichzeitig bekräftigte Baerbock jedoch die Bedeutung des Völkerrechts und der regelbasierten Ordnung. Der Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen der Außenministerin blieb von den deutschen Medien bisher weitgehend unbemerkt.

Die Umsetzung der Resolution 2602, deren Gültigkeit erst im Oktober 2021 vom UN-Sicherheitsrat bekräftigt wurde und die ein Referendum in der Westsahara verbindlich einfordert, hält die deutsche Außenministerin jetzt offenbar nicht mehr für bindend.

Weiterhin ist Marokko ein wichtiger Partner in Bezug auf die Flüchtlingsabwehr. Mit oftmals brutaler, ja sogar tödlicher Gewalt hindern marokkanische Einsatzkräfte Flüchtlinge an der Flucht in die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta. Das verdeutlicht einmal mehr, dass die "Refugees welcome"-Kampagne vor allem innenpolitisch motiviert war und in der deutschen Außenpolitik auch unter Inkaufnahme von Todesopfern nicht umgesetzt wird.

Zugunsten einer grünen Energiepartnerschaft ist Baerbock bereit, das Thema Menschenrechte und Flüchtlingskonvention gegenüber Marokko nicht anzusprechen. Die deutsche Außenministerin bewies bei ihrem Besuch in Marokko einmal mehr ein hohes Maß an moralischer Flexibilität.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6311c8e2b480cc6a520145f5.jpg>

Außenministerin Annalena Baerbock (Die Grünen) bei der Pressekonferenz mit ihrem marokkanischen Amtskollegen Nasser Bourita nach ihrem Treffen

18:07 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören sechs ukrainische Waffendepots in der DVR und den Gebieten Charkow und Nikolajew**

Die russischen Streitkräfte haben sechs ukrainische Waffenlager für Raketen und Artillerie in den Gebieten Charkow und Nikolajew sowie in der Donezker Volksrepublik (DVR) zerstört. Das teilte Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Freitag mit.

Außerdem sei eine ukrainische Abschussrampe des Boden-Luft-Raketensystems Buk-M1 in der Nähe des Dorfes Woskresenk in der Volksrepublik Donezk destruiert worden.

18:29 de.rt.com: **Gebiet Saporoschje führt Entschädigungszahlungen für Personen ein, die bei Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte verletzt oder getötet wurden**

Die Behörden der befreiten Territorien des Gebietes Saporoschje haben eine pauschale Entschädigung für Bürger eingeführt, die durch den Beschuss durch ukrainische Truppen an Leben und Gesundheit geschädigt wurden. Dies teilte die örtliche Verwaltung in ihrem Telegram-Kanal mit. In der Erklärung heißt es:

"An die Familien getöteter Zivilisten – eine Million Rubel (ca. 16.600 Euro); an die Zivilisten, die aufgrund von Verletzungen oder Verstümmelungen als Behinderte anerkannt wurden – 750.000 Rubel (ca. 12.500 Euro); an die Zivilisten, die schwere Wunden, Quetschungen oder Verstümmelungen erlitten haben – 500.000 Rubel (ca. 8.200 Euro)."

Zudem hätten Bürger, die verwundet wurden, Prellungen oder mittelschwere oder leichte Verletzungen erlitten haben, Anspruch auf 100.000 Rubel (ca. 1.700 Euro).

Es wird darauf hingewiesen, dass diejenigen, die seit dem 24. Februar 2022 verletzt wurden, eine Entschädigung erhalten können, einschließlich der Bürger der Ukraine, der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die Bürger anderer Staaten und Staatenlose.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63120238b480cc6a776a456c.jpg>

Empfang der Einwohner in einem Zentrum für humanitäre Hilfe der Partei "Einiges Russland" in Melitopol, Saporoschje

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 02.09.22

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 200 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von 7 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss starb ein Zivilist, 6 wurden verletzt. 18 Gebäude und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch

ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **7 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 14 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:49 de.rt.com: **Russische Behörde untersagt Gazprom die Wiederinbetriebnahme von Nord Stream 1**

Der russische Gaslieferant Gazprom hat am Freitagabend in einer auf Telegram veröffentlichten Mitteilung angekündigt, dass der Gastransport über Nord Stream 1 weiterhin vollständig eingestellt bleibt. Als Grund wurden Öllecks an der einzigen noch funktionsfähigen Turbine angegeben.

Durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 wird auch von Sonnabend an anders als angekündigt kein Erdgas fließen. Das teilte der Staatskonzern Gazprom am Freitag bei [Telegram](#) mit.

Grund sei ein Ölaustritt in der Kompressorstation Portowaja, woraufhin die zuständige russische Aufsichtsbehörde Rostekhnadzor die Wiederinbetriebnahme der Pipeline bis auf Weiteres untersagt habe. Bis zur Beseitigung bleibe der Gasdurchfluss gestoppt.

Auf einem ebenfalls auf Telegram veröffentlichten [Foto](#) zeigt Gazprom die Stelle, an der das Schmieröl entweichen soll. Das Schmieröl ist nach Angaben von Gazprom Dichtungsmasse beigefügt.

Das Ölleck wurde, so die offizielle Mitteilung, bei routinemäßigen Wartungsarbeiten an der Gasverdichtereinheit Trent 60 (GCU Nr. 24) der Kompressorenstation Portowaja entdeckt, die gemeinsam mit Vertretern von Siemens durchgeführt wurden. Es befindet sich an den Klemmenanschlüssen der Kabelverbindungen der Nieder- und Mitteldruck-Rotordrehzahlsensoren. Am Kabelstecker der Anschlussplatte BPE2, die Teil des Motors ist, und im Bereich der Kabelleitung in einem externen Anschlusskasten des automatischen Steuerungssystems des AVV außerhalb des Schall- und Wärmeschutzgehäuses wurde ausgetretenes Öl festgestellt. Der Bericht über die Öllecksuche wurde, so die Mitteilung, auch von Siemens-Vertretern unterzeichnet.

Die russische Aufsichtsbehörde Rostekhnadzor hat eine Warnung herausgegeben, in der es heißt, dass die festgestellten Fehler und Schäden einen sicheren, unfallfreien Betrieb des Gasturbinenriebwerks nicht zulassen. In diesem Zusammenhang sollten geeignete Maßnahmen ergriffen und der weitere Betrieb der Gasturbinenanlage Trent 60 aufgrund der festgestellten groben Verstöße ausgesetzt werden.

Ähnliche Öllecks waren zuvor auch an den Triebwerken Nummer 075, Nummer 076 und Nummer 120 festgestellt worden, die werkseitig überholt worden waren und derzeit nicht in Betrieb sind. Nach Angaben von Siemens können diese Motoren nur in einer spezialisierten Reparaturwerkstatt vollständig repariert werden.

Laut Gazprom wurde der Vorstandsvorsitzende der Siemens Energy AG, Christian Bruch, schriftlich über die an der Turbine Trent 60 (Nr. 24) festgestellten Fehler und die Notwendigkeit ihrer Behebung informiert.

Ausdrücklich heißt es in der Mitteilung von Gazprom:

"Der Gastransport zur Nord Stream-Pipeline wurde bis zur Behebung der Mängel vollständig eingestellt."



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/XY-MWpMf-VQOtk8gp_CnMyIpwTYSYQgnUvwIuZBPwZ08z-ropiJPaWsaKPDNHyRBhqBILtTwESEuVytPq6bL5HDTc3RGRziYv3v-wkMHgIkQqD8WVTe2CjgpqfKSDiUU8bptl5VxId32NQirkq3mMwkfmGwv1URh4GS49vVmyqvlevVW0MdGEyKJCt-po3NF1URm_gd9BM12gwpppGNn5vb_hN-PWBSMR8WA1zeC149aNtWOfRQZnUauBe-UBOB_yAmY_Oyry2cfkt8z0uLIWN18UE2H5Yz7IN_oZxB4i8HnFpm_CZPsp530Rrwa67mxWzrntVXjA6SVZ0Df9W5OGQ.jpg

18:56 de.rt.com: **Russische Luftverteidigung fängt 14 HIMARS-Raketen ab**

Die russische Luftverteidigung hat nach Angaben des Verteidigungsministeriums am vergangenen Tag 14 HIMARS-Raketen über der DVR und dem Gebiet Cherson unschädlich gemacht. Außerdem sei über der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson eine US-produzierte Antiradarrakete vom Typ HARM abgefangen worden. Der Sprecher des Ministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, gab zudem bekannt, dass in der DVR sowie den Gebieten Cherson und Saporoschje zwölf ukrainische Drohnen abgeschossen worden seien.

Nach Angaben des Ministeriums wurden insgesamt seit dem Beginn der russischen Militäroperation 283 Flugzeuge, 151 Hubschrauber, 1.864 Drohnen, 372 Flakanlagen, 4.711 Panzerfahrzeuge, 823 Mehrfachraketenwerfer, 3.364 Artilleriegeschütze und Mörser sowie 5.217 Automobil- und Sonderfahrzeuge zerstört.

19:11 de.rt.com: **Regierung Russlands stellt 10,5 Milliarden Rubel für Flüchtlinge aus dem Donbass und der Ukraine bereit**

Der Premierminister Russlands Michail Mischustin hat am Freitag bei einer Kabinettsitzung angekündigt, dass die russische Regierung 10,5 Milliarden Rubel (umgerechnet etwa 174 Millionen Euro) bereitstellen wird, um Menschen zu helfen, die gezwungen waren, aus ihren Häusern im Donbass und in der Ukraine zu fliehen.

Ab dem 1. Juli und bis zum Ende des Jahres werde eine finanzielle Unterstützung von 10.000 Rubel (etwa 166 Euro) monatlich an Rentner und Behinderte geleistet. Die gleiche Summe werde jeder alleinerziehende Elternteil für jedes Kind erhalten. Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges können in diesem Jahr 5.000 Rubel (etwa 83 Euro) monatlich bekommen. Außerdem ist eine einmalige Geldunterstützung für Frauen bei der Geburt eines

Kindes vorgesehen.